

Antrag

der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Gerold Otten, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Keine grünen Leitmärkte in Deutschland – Die sogenannte sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In ihren Jahreswirtschaftsberichten 2022¹ und 2023² hat die Bundesregierung dargelegt, dass sie plant, die deutsche Wirtschaft und insbesondere die deutsche Industrie einer sogenannten „sozial-ökologische Transformation“ zu unterziehen.

Die Bundesregierung plant im Rahmen dieser Transformation eine Umstellung der Produktionsprozesse auf sogenannte „klimaneutrale“ Produktion. Da diese Umstellung unter den gegenwärtigen Bedingungen jedoch nicht rentabel ist,³ plant die Bundesregierung, die Transformation zu einer „klimaneutralen“ Industrie mit staatlichen Programmen zu beschleunigen bzw. herbeizuführen. Die Koalitionsparteien nennen dabei in ihrem Koalitionsvertrag immer wieder die beiden Instrumente der Klimaverträge und der „grünen Leitmärkte“.⁴ Nach der Einschätzung des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz handelt es sich dabei sogar um die zwei wichtigsten Instrumente, welche die Regierung bei der Transformation einsetzen möchte.⁵

An gleicher Stelle definiert der genannte Beirat grüne Leitmärkte folgendermaßen:

„Ein ‚grüner Leitmarkt‘ ist ein staatlich geschaffener oder geförderter Markt für klimaneutral produzierte Produkte. Der Staat kann bestimmte klimaneutral produzierte Güter oder Grundstoffe (z. B. „grünen“ Stahl) in seiner eigenen Beschaffung bevorzugt verwenden. Alternativ oder ergänzend kann er durch regulatorische Maßnahmen

¹ Bundestagsdrucksache 20/520

² Bundestagsdrucksache 20/5380)

³ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/transformation-zu-einer-klimaneutralen-industrie.pdf?__blob=publicationFile&v=1, S. 3

⁴ www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, S. 20 ff.

⁵ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/transformation-zu-einer-klimaneutralen-industrie.pdf?__blob=publicationFile&v=1, S. 3

vorschreiben, dass die privaten Haushalte und Unternehmen in bestimmten Bereichen oder unter bestimmten Bedingungen klimaneutral produzierte Güter verwenden müssen, oder er kann ihnen Vorteile gewähren, wenn sie das tun. Dadurch entstehen neue Märkte, die eine klimaneutrale Produktion über den Marktmechanismus in Gang setzen.“

Das Instrument der grünen Leitmärkte besteht also darin, dass die Bundesregierung die Steuermittel dazu einsetzt, eine künstliche Nachfrage für „klimaneutral“ hergestellte Produkte zu erzeugen, die ansonsten wegen fehlender Rentabilität nicht angeboten werden könnten. Diese künstliche Nachfrage verstärkt die Bundesregierung ggf. noch dadurch, dass sie Zwangsmaßnahmen einsetzt, um Bürger gegen ihren Willen dazu zu bringen, ebenfalls „klimaneutrale“ Produkte einzukaufen.

Der systematische Einsatz von staatlicher Nachfrage und die systematische Umlenkung privater Nachfrage, um ein nicht wirtschaftlich, sondern ideologisch begründetes Ziel zu erreichen, sind aus Sicht des Deutschen Bundestages vollkommen abwegig. Wie die Bundesregierung selbst anzuerkennen scheint,⁶ hat Deutschland der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur seinen Wohlstand zu verdanken. Nach Überzeugung des Deutschen Bundestages gewährleistet die Soziale Marktwirtschaft den deutschen Bürgern außerdem zahlreiche und unbezahlbare Freiheiten. Nicht zuletzt bedeutet die Soziale Marktwirtschaft, dass es die freien Entscheidungen der Verbraucher sind, die darüber bestimmen, was produziert bzw. auf dem Markt angeboten wird. Die Nachfrage wird nicht künstlich geschaffen oder in bestimmte, ideologisch festgelegte Bahnen gelenkt, sondern beruht auf den Vorstellungen und Wünschen der Bürger. Die deutsche Soziale Marktwirtschaft stellt den weitgehend gelungenen und international anerkannten Versuch dar, Demokratie auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Man könnte die Soziale Marktwirtschaft mit einiger Berechtigung mit dem Wort des Wirtschaftswissenschaftlers Ludwig von Mises als „Verbraucherdemokratie“ bezeichnen.⁷

Die staatsdirigistische Schaffung „grüner Leitmärkte“ durch die Bundesregierung hebt diese Verbraucherdemokratie nach Ansicht des Deutschen Bundestages gezielt aus. Die Bundesregierung will bewusst erreichen, dass nicht mehr hauptsächlich das produziert wird, was die Verbraucher wollen, sondern das, was aus Sicht der Bundesregierung der von ihr selbst ausgerufenen „sozial-ökologischen Transformation“ dient. Wie das aktuelle Beispiel des beschlossenen weitgehenden Verbots von Verbrennermotoren zeigt, werden die unternehmerische Freiheit, die Freiheit der Berufswahl und die Freiheit der Verbraucher substanziell durch die Politik der Bundesregierung eingeschränkt oder sogar in Teilen abgeschafft. Hinzukommt, dass die deutschen Bürger durch derartige Eingriffe ärmer werden. Die vorhandenen Ressourcen werden in erheblichem Umfang dazu eingesetzt, ideologische Ziele zu erreichen. Dadurch fehlen sie da, wo es darum geht, die Bedürfnisse der Verbraucher zu befriedigen.

Die von der Bundesregierung gesetzte Grundlage all dieser Vorhaben, die Annahme von vor allem durch anthropogene CO₂-Emissionen verursachte klimatische Veränderungen, ist bei alledem höchst zweifelhaft, denn vielfältige wissenschaftliche Arbeiten deuten auf einen dominierenden natürlichen Einfluss hin.⁸ Somit müssen die wirtschaftlich substantiell einschneidenden und wohlstandsvernichtenden Transformationsvorhaben als klar unverhältnismäßig, in ihrer Auswirkung als wirklich bedrohlich angesehen werden.

⁶ Bundestagsdrucksache 20/520, S. 10 f.

⁷ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, 2. Auflage. Jena: Gustav Fischer, 1932, S. 412

⁸ Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning: Unerwünschte Wahrheiten: Was Sie über den Klimawandel wissen sollten, 4. Auflage, München: Langen Müller Verlag, 2020.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die sogenannte sozial-ökologische Transformation der deutschen Wirtschaft und der deutschen Gesellschaft unverzüglich zu beenden;
 2. sich zur Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen, wonach es prinzipiell die Bürger sind, die mit ihren freien Entscheidungen als Verbraucher darüber bestimmen, was von Unternehmen produziert und auf Märkten angeboten wird, und nicht die Bundesregierung;
 3. insbesondere das Instrument der „grünen Leitmärkte“, womit Nachfrage nach unrentablen Produkten künstlich mit Steuermitteln und Vorschriften geschaffen werden soll, als undemokratisch und unfreiheitlich zu verwerfen und beispielsweise von einer auf die Schaffung von grünen Leitmärkten ausgerichteten Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abzusehen, und es stattdessen den freien Entscheidungen der Bürger zu überlassen, ob und wie weit sie „klimaneutral“ hergestellte Produkte nachfragen wollen.

Berlin, den 11. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

